



Newsletter der SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Silke Lesemann

Inhalt:

Schüler profitieren vom neuen Schulgesetz.....Seite 2

Laatzen und Pattensen erhalten mehr Förderung.....Seite 2

"Wer kluge Köpfe halten möchte, der muss für gute Arbeitsbedingungen sorgen".....Seite 3

MINT-Fächer an Hochschulen stärken.....Seite 4

*Liebe Leserin,
Lieber Leser*

das größte Erfolgserlebnis für mich als Landtagsabgeordnete ist die Verabschiedung eines Gesetzes, von dem möglichst viele Menschen in Niedersachsen und in meinem Wahlkreis profitieren. Dies war jüngst Anfang Juni der Fall, als wir nach einem monatelangen Dialogprozess das neue Schulgesetz im Landtag beschlossen haben. Unser erklärtes Ziel: Ein Gesetz, das die Bildungschancen aller Kinder in Niedersachsen erhöht, und von dem alle profitieren: die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer. Die wichtigsten Punkte des Gesetzes: Die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren, die Gleichstellung der Integrierten Gesamtschulen, der Ausbau von Ganztagschulen, die Abschaffung der Schullaufbahnpflicht und die Verstärkung des Inklusionsprozesses. Mit diesem Gesetz, das von Verbänden wie auch von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft begrüßt wurde, können wir in den nächsten Jahren sehr gut arbeiten. In eigener Sache. Ich freue mich darüber, dass mich meine Landtagsfraktion in meinem Amt als wissenschaftspolitische Sprecherin wiedergewählt hat. Hier wollen wir in den kommenden Monaten ein neues Hochschulgesetz auf den Weg bringen. Außerdem freue ich mich, dass Laatzen und Pattensen mehr Geld aus der Städtebauförderung erhalten. Diese und weitere Themen finden Sie/ findet Ihr in der neuen Ausgabe der Lesezeit

Ihre und Eure
Silke Lesemann

Mehrheit für Schulgesetz

Zurück zum Abi nach 13 Jahren: Landtag beschließt Schulgesetz



Der Weg ist geebnet: Die Landtagsfraktionen der SPD und Bündnis '90/Die Grünen stimmen geschlossen für das neue Schulgesetz.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann hat mit ihrer Fraktion Anfang Juni das sogenannte Bildungschancengesetz im Landtag verabschiedet. „Das neue Schulgesetz ist gut für Laatzen, Pattensen und Sehnde, denn der Name ist Programm: Es sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler und eröffnet ihnen neue Bildungschancen“, sagt Lesemann.

Kernpunkte der Reform sind bessere Ganztagschulen, Abitur wieder nach 13 Jahren an Gymnasien, Gleichberechtigung der Gesamtschulen und Abschaffung der Schullaufbahnpflicht für Grundschüler. Gleichzeitig stärke die SPD-geführte Landesregierung mit der Einführung des Abiturs nach 13 Jahren die Gymnasien als beliebteste Schulform. Das Gesetz wird von den Verbänden positiv begleitet „Ob Landesschülerrat, GEW, Landeselternrat und Verband Sonderpädagogik – die Zustimmung ist groß. Wir gehen bei der Weiterentwicklung der Ganztagschule, von Gymnasien und Gesamtschulen den richtigen Weg, wir machen Fortschritte bei der schulischen Inklusion“, betont Lesemann. Die Kam-

pagne „Bildung. Zukunft. Niedersachsen“ mit ihren mehr als 100 Veranstaltungen sei ein bisher beispielloser Dialogprozess gewesen. Lesemann hatte im April und Mai Dialogveranstaltungen und Podiumsdiskussionen in Laatzen, Sehnde und Pattensen organisiert.

Das neue Schulgesetz:

- ✓ Abitur nach 13 Jahren
- ✓ Mehr Geld für Inklusion
- ✓ Gleichberechtigung der Gesamtschulen
- ✓ Bessere Ausstattung der Ganztagschulen
- ✓ Abschaffung Schullaufbahnpflicht

Die rot-grüne Landesregierung investiert bis 2018 mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich in die Bildung. Der Bildungsetat ist mit 5,3 Milliarden Euro der größte Haushalt aller Ministerien. „Wir haben unseren Wählerinnen und Wählern eine bessere Bildungslandschaft in Niedersachsen versprochen – von der frühkindlichen Bildung bis zum Abitur. Wir halten dieses Versprechen mit der Zukunftsoffensive Bildung und den gewaltigen finanziellen Anstrengungen“, betont Lesemann.

Schulgesetz: Starke und schwache Schüler profitieren

Was bringt das neue Schulgesetz für Pattensen? Darüber diskutierte die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann gemeinsam mit interessierten Bürgern und Experten aus der Pattenser Schullandschaft wenige Wochen, bevor das Gesetz im Landtag verabschiedet wurde.

Eingeladen hatte sie dazu die Leiterin der Calenberger Schule, Marita Kappeler, und die aus Pattensen kommende Sprecherin des Landesschülerrates, Daniela Rump.

Die Landtagsabgeordnete erläuterte den Gästen in ihrer Begrüßungsrede, dass das Land in den kommenden Jahren eine Milliarde Euro zusätzlich in Niedersachsens Schulen und Bildungseinrichtungen investieren wird. „Dabei geht es vor allem darum, den Leistungsdruck für die Schüler zu verringern und die Bildungschancen benachteiligter Kinder zu erhöhen“, so Lesemann. Grundpfeiler des neuen Bildungschancengesetzes sind die Verbesserung des Ganztags schulbetriebs, die Abschaffung der Schullaufbahneempfehlung nach der Grundschule, die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren und die Stärkung der Integrierten Gesamtschulen. Für rund 1200 Schulen in Niedersachsen bedeutet das eine Verdreifachung der Ausstattung für den Ganztagsbetrieb.

Den Vorwurf der Opposition, Rot-Grün wolle die Gymnasien abschaffen, trat Lesemann entgegen: „Wir vereinfachen lediglich die Gründung von Gesamtschulen. Entscheidend dafür, welche Schulform gewählt wird, ist der Elternwille. Wir stehen für die Vielfalt der Schulformen.“ Die Gymnasien würden durch das neue Schulgesetz beispielsweise durch die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren und eine verbesserte Ausstattung zudem noch profitieren, so die Landtagsabgeordnete.

Daniela Rump, Sprecherin des Landesschülerrates, sieht in dem Gesetzentwurf eine Verbesserung für Niedersachsens Schüler und Schülerinnen. „Durch die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren bleibt wieder mehr Zeit für den Verein oder das Engagement.“ Dies Sorge wie auch die Abschaffung Schullaufbahneempfehlung für eine erhebliche Reduzierung des Leistungsdrucks. Auch die Bemühungen im Bereich der Inklusion lobte sie: „Starke und schwache Schüler profitieren voneinander. Hier sind aber mehr Ressourcen notwendig.“



Silke Lesemann (rechts) diskutierte gemeinsam mit Marita Kappeler (links) und Daniela Rump über das neue Schulgesetz.

Marita Kappeler von der Calenberger Schule, sah nicht nur das neue Gesetz positiv, sondern auch wie es zustande gekommen ist. „Hier hat ein echter Dialog stattgefunden.“ Als Leiterin eines Förderzentrums war sie insbesondere als Expertin für die Inklusion gefragt: „Im Bereich der Inklusion bedeutet das neue Gesetz die größte Umwälzung seit der

Nachkriegszeit.“ Die Umsetzung dessen brauche Zeit und auch die Frage wie die Inklusion gelingen kann, müsse nach den ersten Erfahrungen mit dem neuen Gesetz nochmal diskutiert werden. Die Förderschule Sprache vorerst zu erhalten, sei aber der richtige Weg gewesen: „Das hat mich sehr gefreut. Das gibt den Eltern Planungssicherheit.“

Laatzen und Pattensen erhalten mehr Geld aus der Städtebauförderung

Pünktlich zum 1. Bundesweiten Tag des Städtebaus am 9. Mai stand das niedersächsische Städtebauförderungsprogramm 2015 – und die gute Nachricht: Laatzen und Pattensen erhalten Geld aus Bundes- und Landesmitteln.

Laatzen ist Teil des Programms Soziale Stadt und erhält 1,2 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln. „Das Land beteiligt sich mit 600.000 Euro, darüber freue ich mich sehr“, erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann. Das Geld soll in das für 2015 mit 1,8 Millionen Euro veranschlagte Projekt „Mitte wird top“ fließen. „Es ist schön, dass mit dem Geld die Modernisierung von Laatzen-Mitte fortgeführt werden kann“, sagt Lesemann. Pattensen ist Teil des Programms aktive Stadt- und Ortsteilzentren und erhält 500.000 Euro aus Bundes- und Landesmitteln. „Das Land beteiligt sich mit 250.000 Euro“, berichtet Lesemann. Das Geld soll in das für

2015 mit 750.000 Euro budgetierte Projekt Sanierungsgebiet Altstadt fließen. Insgesamt stehen in diesem Jahr rund 95,6 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln in Niedersachsen neu für das Städtebauförderungsprogramm 2015 zur Verfügung. Zusammen mit dem Eigenanteil der Gemeinden (rund 44,8 Millionen Euro) und den zweckgebundenen Einnahmen (rund 12,8 Millionen Euro) steht damit ein Investitionsvolumen von rund 153 Millionen Euro für Projekte in niedersächsischen Städten und Gemeinden zur Verfügung.

„Damit hat Niedersachsens Sozial- und Bauministerin Cornelia Rundt eine Förderung auf Rekordniveau durchgesetzt“, betont Lesemann. Erstmals werden dieses Jahr dank des Einsatzes der Länder beim Bund zwölf besonders finanzschwache Kommunen entlastet. Der kommunale Eigenanteil an der Finanzierung wird von einem Drittel auf 20 Prozent der förderfähigen Kosten reduziert.

"Wer kluge Köpfe halten möchte, der muss auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen"

Silke Lesemann ist erneut in den Vorstand der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden und wurde in ihrem Amt als wissenschaftspolitischer Sperecherin bestätigt. In der **lesezeit** blickt sie auf die Arbeit von Rot-Grün in den vergangenen zwei Jahren zurück und benennt ihre Schwerpunkte für die kommenden Monate.

Seit nunmehr zwei Jahren regiert Rot-Grün in Niedersachsen. Was hat Ihr seitdem in deinem Fachgebiet erreichen können?

Mit dem Beschluss zur Abschaffung der Studiengebühren haben wir 2013 eines unserer wichtigsten Wahlversprechen umgesetzt. Doch das war noch nicht alles: Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm stellt die rot-grüne Landesregierung bis 2020 480 Millionen Euro bereit und kann damit unter anderem die Grundkapazität von Studienplätzen um ein Drittel erhöhen. Der Hochschulentwicklungsvertrag ist ein längerfristiger Rahmen, der die Hochschulen finanziell absichert.

Besonders die Abschaffung der Studiengebühren war in aller Munde. Welche Auswirkungen lassen sich bisher beobachten?

Im Wintersemester 2014/15 mussten die Studierenden erstmals seit acht Jahren keine Studiengebühren bezahlen. Das wurde offenbar sehr gut angenommen, denn es haben deutlich mehr junge Menschen den Weg an die Hochschulen gefunden.

Von der Opposition wird immer wieder behauptet, dass die Qualität des Studiums durch den Wegfall der Studiengebühren leidet. Ist an der Kritik etwas dran?

Die Behauptung der Opposition ist nicht korrekt. Uns war bewusst, dass wir den Hochschulen beim Wegfall der Studiengebühren helfen müssen. Der Gebührenaufschlag von circa 120 Millionen Euro jährlich wird den Hochschulen deshalb vollständig aus Landesmitteln erstattet. Die Qualität leidet also nicht.

"Mehr junge Menschen studieren in Niedersachsen"

Bessere Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus sollen aus Sicht der SPD-Fraktion wesentlicher Baustein des neuen Hochschulgesetz werden. Wieso sind die Arbeitsbedingungen an den Universitäten ein Problem?

Mittlerweile werden wissenschaftliche Mitarbeiter fast nur noch mit kurzfristigen Verträgen beschäftigt, oft genug unterhalb der Projektlaufzeit. Junge Forscher leben in permanenter Unsicherheit und sind dazu noch schlecht bezahlt. Wer

kluge Köpfe halten will, muss für gute Beschäftigungsbedingungen sorgen und den Mitarbeitern mehr Planungssicherheit geben. An der Vielzahl von Befristungen leidet auch die Qualität von Forschung und Lehre.

Wie kann die Politik dafür sorgen, dass an Universitäten bessere Arbeitsbedingungen herrschen?

Noch in diesem Jahr wird eine Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) verabschiedet. Um die höhere Zahl der befristeten Arbeitsverträge einzudämmen, wird festgeschrieben, dass Hochschulen die Aufgabe haben, **Fortsetzung auf der nächsten Seite**



IMMER FÜR SIE DA



Abgeordnetenbüro Lesemann
Mitarbeiter: Christian Degener

 Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

 Telefon:
0511 1674342

 [www.facebook.com/
silke.lesemann](http://www.facebook.com/silke.lesemann)

 [www.silke-
lesemann.de/](http://www.silke-lesemann.de/)

 [Info@silke-
lesemann.de](mailto:Info@silke-lesemann.de)



Impressum

Lesezeit Juni 2015
V.i.S.d.P.: Silke Lesemann
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Redaktion und Layout:
Christian Degener, Sascha
Priesemann

für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Vertragslaufzeiten sollen zum Beispiel an Projektlaufzeiten gekoppelt sein. Ferner wird eine Interessenvertretung für Studierende ermöglicht.

Du misst der Fachhochschule im Vergleich zu anderen einen besonderen Stellenwert zu. Wieso bereichern sie die Hochschullandschaft?

Fachhochschulen gelten als Brückenbauer zwischen beruflicher und akademischer Bildung, da ein großer Teil der Studierenden vorher eine Ausbildung absolviert hat. Sie sind wichtig für die soziale Öffnung der akademischen Bildung. Und das ist ein wichtiges Ziel rot-grüner Politik. Auch die regionale Wirtschaft profitiert, denn die Fachkräfte bleiben in der Region und ziehen nicht weg. Für kleine und mittelständische Unternehmen sind die Labors und die Innovationskraft der Fachhochschule wichtig - gerade auch abseits der großstädtischen Universitätsstandorte.

Du hast lange als Wissenschaftlerin an Hochschulen gearbeitet. Warum ist der Frauenanteil bei den Professuren immer noch relativ gering?

Frauen sind in wissenschaftlichen Spitzenpositionen unterrepräsentiert. Obwohl mehr junge Frauen als Männer ein Studium beginnen, dünnt sich der Frauenanteil entlang der Karriereleiter immer mehr aus. Mit einem Frauenanteil von 25 Prozent liegt Niedersachsen zwar über dem Bundesdurchschnitt von



20 Prozent, aber der Anteil in den MINT-Fächern ist immer noch geringer.

Kann man da gegensteuern?

Ja, zum Beispiel durch transparente, qualitätsgesicherte Berufungsverfahren, durch konkrete Zielvorgaben für die Erhöhung der Frauenanteile. Die Vergabe von Geldern könnte stärker noch an die Erfüllung quantifizierbarer, gleichstellungspolitischer Ziele gebunden werden. In der NHG-Novelle sollen konkrete Zeit- und Zielvorstellungen für die Einstellung von zusätzlichen Professorinnen festgelegt werden.

MINT-Fächer an Hochschulen stärken

Wie lässt sich der Nachwuchs für die sogenannten MINT-Fächer gewinnen und halten? "Wir müssen die naturwissenschaftliche und technischen Fächer an den Hochschulen stärken - das ist eine Daueraufgabe", sagte die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Silke Lesemann bei der Landtagsdebatte am 12. Mai. Der von Schwarz-Gelb eingesetzte Dachverband der technischen Hochschulen (NTH) habe dagegen seine Wirkung verfehlt. "Das Konstrukt hatte nie die Akzeptanz, die es benötigt hätte. Deswegen ist es Konsequenz, dass wir das NTH-Gesetz aussetzen", sagte Lesemann.

Dies bedeute aber nicht, dass Niedersachsen aus der Exzellenzinitiative aussteige oder gar das Thema MINT-Fächer ad acta lege, versicherte Lesemann: "Wir wollen uns künftig nicht nur auf die drei technischen Universitäten beschränken,

sondern alle Hochschulen in den Blick nehmen." Die Landesregierung habe bereits einiges auf dem Weg gebracht wie zum Beispiel die soziale Öffnung der Hochschulen oder das Fachhochschulentwicklungsprogramm, dass insbesondere Studienplätze im MINT-Bereich absichert. "Wir müssen aber bedenken, dass wir den Nachwuchs nicht erst in der Hochschule, sondern spätestens in den Schulen für die naturwissenschaftlichen Fächer begeistern", so Lesemann. Eine wichtige Aufgabe sei dabei, Mädchen und Frauen für das Themenfeld zu gewinnen. Der später beschlossene Antrag von Rot-Grün gehe deshalb auch über die Schaffung von institutionellen Rahmenbedingungen hinaus. Der Schwerpunkt liege auf der Hochschuldidaktik, deren Aufgabe es sein soll, dauerhaft an allen Hochschulen junge Leute für den MINT-Bereich zu begeistern.